

**Der Landkreistag befürwortet die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten, betont aber, dass es weitaus mehr Anstrengungen von Bund und Ländern braucht, um die Kommunen zu entlasten.**

Zur heutigen Diskussion im Landtag sagte **PD Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages: *„Dass Schleswig-Holstein die Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten unterstützt, ist richtig. Bund und Länder müssen alle Maßnahmen ergreifen oder europäische Maßnahmen unterstützen, die einen Rückgang der derzeit hohen Zugangszahlen bewirken.“*

Das Land Schleswig-Holstein müsse aber auch seine „eigenen Hausaufgaben“ machen. *„Wir erwarten eine ressortübergreifende Steuerung in der Landesregierung, um Prozesse zu beschleunigen und Maßnahmen schneller umzusetzen“*, ergänzt **Schulz**. So hätten die Kommunen auf Förderrichtlinien zum Teil mehr als ein Jahr warten müssen. Entgegen der Aussage von Ministerin Touré gebe es noch keine Planungssicherheit für die Schaffung der temporären kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte. Die zur Umsetzung der Vereinbarung aus dem Frühjahr dieses Jahres erforderliche Richtlinie sei immer noch nicht fertig. *„Wir brauchen ein möglichst unbürokratisches Instrument, damit die Förderung wirkt und schnell temporäre Unterkünfte zur Entlastung entstehen können.“*

*„Die Einigung über die Weiterleitung der 34 Mio. Euro aus der Bundesentlastung schafft ein wenig Luft. Die Kommunen benötigen aber einen finanziellen Ausgleich für alle flüchtlingsbedingten Kosten.“*, so **Schulz** weiter. Hier müsse sich das Land in den nun anstehenden Verhandlungen auf Bund-Länder-Ebene vor allem für einen Ausgleich der Sozialleistungen und ein „atmendes System“ einsetzen, bei dem die Erstattung mit der Anzahl der geflüchteten Personen ansteigt.

*„Die Unterbringungskapazitäten vor Ort werden, insbesondere aufgrund der kürzeren Vorlaufzeiten, spätestens Mitte Oktober nicht mehr ausreichen. Das Land muss weitere Plätze in den Landesaufnahmeeinrichtungen schaffen und die Verteilung von Personen ohne Bleibeperspektive unterlassen“*. Dazu gehörten auch die sog. Dublin-Fälle, die nun offenbar ebenfalls auf die Kommunen verteilt werden. *„Dies nur, weil das Land nicht rechtzeitig Vorsorge geschaffen hat. Die Kommunalen Landesverbände haben bereits seit langem darauf hingewiesen, dass mehr Plätze in den Landesunterkünften notwendig sind“*, erläutert **Schulz**.

Abschließend betont **Schulz**, dass die Bereitschaft der Kreise in Schleswig-Holstein und der gesamten kommunalen Ebene, geflüchteten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren, unverändert fortbestehe. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung vor Ort nicht zu gefährden, brauche es aber einen Schulterchluss aller staatlichen Ebenen.